



Haushaltsrede 2016 – Mittwoch, der 16. Dezember 2015

Fraktionsvorsitzender Klaus Neuhaus
klaus.neuhaus@gruene-budenheim.de
Telefon 0172.6101227

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr verehrte Anwesende,

knapp 11 Monate nach „dem letzten Haushalt“ folgt die nächste Haushaltsrede, man ist geneigt, sich kurz zu fassen, und wenn man Budenheim für sich allein betrachtet, da wäre man wohl schnell durch, denn das Meiste wurde dazu schon gesagt - doch die globalen Ereignisse berühren immer mehr auch das Leben in unserer Gemeinde, deshalb erlauben Sie mir ein paar Ausführungen, auch über unseren Tellerrand hinaus.

Letztes Jahr radelte in meiner Rede ein Radler durch unser Budenheim. Radeln, diese klassisch gesunde, umweltfreundliche Fortbewegungsart mit Kultcharakter, findet auch im Haushalt 2016 in Form eines Zuschusses zum bekannten **Mainzer Mietradsystem** seinen Niederschlag.

Nach engagierter Diskussion in der gemeinsamen Sitzung des Haupt & Verwaltungsausschuss' wurde 10000 Euro gewährt. Das Mietrad-System, das auch dann Gebrauch findet, wenn Busse z.B. nachts nicht mehr fahren, brachte es in 2015 immerhin auf rd. 2100 Fahrten in Budenheim, etwas weniger, als im Vorjahr, aber es wurden ja auch Stationen zurückgebaut, bzw. verkleinert und es gab baustellenbedingte Ausfallzeiten. Die Statistik ist insofern noch sehr inhomogen und zweifellos gibt es Optimierungspotential und deshalb sollen Maßnahmen ergriffen werden, das System besser auszulasten, was wir sehr unterstützen, denn:

In das 900-Räder-System wurden anfangs 4 Millionen Euro investiert, also rd. 4500 Euro pro Rad. In Budenheim sind rd. 30 Räder stationiert. Ungeachtet weiterer Kosten: Das entspricht einem Anteil von rd. 135.000 Euro an dieser Startinvestition. Da können wir, und das nicht nur aus ökonomischer Sicht, von einem fairen Geschäft für Budenheim reden, ungeachtet der positiven ökologischen und gesundheitlichen Vorteile, denn jede Fahrt, die nicht mit dem Auto stattfindet, ist auch ein kleines Mosaiksteinchen gegen den Klimawandel.

Richtig „in Fahrt“ kommt das Baugebiet Gonsenheimer-Str. - „in Fahrt“ im doppelten Sinn. Nach jahrelangem Vertrags-hin-und-her können die Budenheim*innen nun langsam sehen, was da real passiert. Einst, wegen seiner Nähe zur Deponie als Baugrund ausgeschlossen, wird dieser nun so hochpreisig vermarktet, dass dem Normalsterblichen nur das Abwinken bleibt. Die zunächst gerodete, ehemals recht idyllische Streuobstwiese am Ortsrand wurde im Laufe des Jahres vollständig erschlossen.

Schwere Baustellenfahrzeuge, werden rd. 50000 Tonnen Material an- und abfahren. Samt Eigengewicht dürften sich weit über 100.000 Tonnen durch Eaubonner-, Wiesmorer-, Schiller-, und Friedrich-Ebert-Str zu den 70 Baustellen hin und her bewegen. Das hinterlässt nicht nur Lärm, Dieselgestank und jede Menge Baustellendreck, das gibt auch den teilweise in die Jahre gekommenen Pflasterbelegen den Rest. Spätestens nach Beendigung der Baustellentätigkeiten werden mehr oder weniger teure Straßensanierungen in diesem



Ortsbereich auf Budenheim zukommen. Das ist irgendwie kaum vermeidbar. Doch auch die neuen Straßen werden sogleich arg belastet. Eine gemeindliche „Taskforce“ schaut nun täglich nach dem Rechten, so dass z.B. die neuen Laternen nicht ungeahndet umgefahren werden, wie schon geschehen. Vielleicht wäre die umgekehrte Reihenfolge die bessere gewesen: Erst bauen und dann die Straßen final herstellen.

Die Unterführung Hauptstraße, deren Sanierung wir im letzten Jahr nochmals beantragt haben, erstrahlt seit wenigen Tagen in hellem Glanz und vor allem, einem neutralem Geruchsumfeld. Schmierfinken lieben solche schicken Wände und haben schon vor Fertigstellung erste „Tags“ hinterlassen. Wir hoffen sehr, dass es sich um einen **graffitisischeren Anstrich handelt**. Sollten sich andernfalls die Schmierereien durchsetzen - man wird es sehen - wäre ein Sprayer- Wettbewerb zur Gestaltung der Unterführung die vielleicht preiswertere Alternative und in einer gewissen Weise auch ein Kulturbeitrag.

Der Status Quo der Budenheimer Spielplätze wurde nach grünem Antrag in 2015 erfasst. 2 x 30000 Euro stehen für 2016 und 2017 in den Haushalten, um notwendige Instandsetzungen, Verbesserungen und Optimierungen vorzunehmen. Damit wird den teilweise in die Jahre gekommenen Spielplätzen neues Leben eingehaucht, zur Freude aller Nutzer.

Ich komme jetzt zu einem urgrünen Thema – dem Klimaschutz –

Auf die Gefahr, dass ich mich wiederhole: Wir sind sehr traurig, dass der Bebauungsplan „Am Lenneberg“ keine Energieplus-Häuser vorsieht, was mit geringem Investitions-Mehraufwand umsetzbar wäre und sich langfristig mehr als auszahlt. Warum trauen wir uns im Gemeinderat nicht, über die gesetzlichen Standards hinaus, so wie es andere Kommunen auch machen, mehr Nachhaltigkeit zum Schutze des Klimas zu fordern? Weil Bauunternehmer evtl. weniger Gewinne erzielen? Das glaubt doch niemand ernsthaft.

Wir müssen endlich anfangen, Klimaschutz ernst zu nehmen, denn es kommt der Tag, an dem wir solche (nicht gefassten) Beschlüsse bereuen werden. **Uns allen rennt die Zeit davon**. Der gefeierte Vertrag des Pariser Klimagipfels beginnt erst in 5 Jahren, angesichts des Verhandlungsergebnisses, an das niemand mehr glaubte, nur eine Randnotiz, die jedoch alte Handlungsmuster wiedererkennen lässt. Den Reden folgen wenige Taten: wie auch hier in Budenheim, wo uns noch gut 4 Jahre bleiben bis zu dem in diesem Hause gemeinsam gesteckten Ziel, bis 2020 energieautark zu werden. Schon vor einem Jahr erzeugte meine Erwähnung dieses Faktes Schulterzucken, wenn überhaupt. Wirkliche Anstrengungen, erneuerbare Energien auszubauen und beachtenswerte Anteile des Budenheimer Energieverbrauchs damit zu gewinnen – nach wie vor Fehlanzeige.

Riesige Dachflächen in Budenheim bleiben solartechnisch weiterhin ungenutzt. Die Budenheimer Anstrengungen reduzieren sich auf den Einkauf von Naturstrom aus Wasserkraft und auf Blockheizkraftwerke (BHKW). Aber auch diese werden, egal wie effizient sie sind, mit fossilen Brennstoffen betrieben.

Pellets zu verbrennen, wie hier im Rathaus, ist ökologisch sinnvoll, solange diese aus Resthölzern und Holzabfällen hergestellt werden, die bei der normalen Entnahme aus der Natur oder bei der Produktion von Holzwerkstoffen anfallen. Doch wegen der großen



Nachfrage, werden auch für Pellets mittlerweile gezielt Rodungen, zu meist in Osteuropa oder in tropischen Wäldern vorgenommen. In Deutschland reißt man auch die Wurzelwerke aus den Böden, um auch diese für Pellets zu verwerten, dabei zerstören schwerste Maschinen den Waldboden.

Holz speichert CO₂ und setzt dieses erst bei Verbrennung wieder frei. Holz ist der beste CO₂-Speicher, also lebender Wald und in zweiter Linie verbautes Holz.

Jedoch überall in der Welt, auch in Deutschland steigt der CO₂ Ausstoß, von den 2,5t CO₂ Ausstoß pro Kopf, die als klimaverträglich angesehen werden, sind wir meilenweit entfernt (2014 in DE 9,8 t), trotz Klimaabkommen, trotz EEG, trotz Abgasregelungen und Wärmedämmung, Energiesparlampen, etc., etc., in allen Bereichen des Lebens.

Budenheim wird es sicher nicht mehr schaffen, in der verbleibenden Zeit das ehemals hehre Ziel zu erreichen, wohl nicht mal zu 50%. Die anfänglich guten Rahmenbedingungen des EEG wurden nicht genutzt und die Folgeregerungen haben diese Bedingungen dann nach und nach wieder einkassiert. Wer jedoch „Erneuerbare“ nur nach kurzfristigen ökonomischen Gesichtspunkten bewertet, wird langfristig die weitaus höheren Kosten von Umweltzerstörung, Ressourcenverlust, Nach- und Entsorgung und vor allem für die Folgen des Klimawandels teuer bezahlen oder diese Lasten an künftige Generationen vererben.

Endlich, Jahrzehnte zu spät, beginnt die Ökologie in der Ökonomie anzukommen. Einige Banken und Versicherungen leiten ihre Finanzströme um, weniger, weil sie nun geläutert Verantwortung für diese Welt übernehmen, sondern weil es sonst kein Geld mehr zu verdienen gibt. „Weg von den fossilen, hin zu den Erneuerbaren“ - lautet das Credo. Die Saurier der Branche stellen sich nach „Atom-Aus“ und angesichts des kommenden Endes der „Kohlezeit“ neu auf. Sie trennen, dem Modell „Bad-Bank“ gleich, ihre „schmutzigen“ Geschäftsteile von den Sauberen. Die Verantwortung für die unkalkulierbaren, sicher aber astronomischen Folgekosten ihrer alten Geschäftsmodelle will man auf den Staat, somit auf uns alle, abwälzen.

Und obendrein verklagen z.B. RWE und Vattenfall den Staat, wegen des Atomausstiegs. Bei Erfolg werden die anderen es sich nicht nehmen lassen, diese Erlösquelle ebenfalls anzuzapfen. (TTIP lässt grüßen).

12 der 15 größten Städte der Welt liegen an Küsten. Um rd. 7m steigt der Wasserspiegel der Meere, wenn der 1km dicke Eispanzer Grönlands abschmilzt, und er schmilzt schneller, als es schlimmste Befürchtungen erwarten ließen.

Schon das Gedankenspiel lässt mulmige Gefühle aufkommen, wenn Wirtschaftszentren wie NewYork, Tokio, London, Amsterdam, Hamburg, Shanghai, HongKong, Sydney, um nur einige zu nennen, in den Fluten versinken.

Das was wir seit einem Jahr erleben ist nur der Anfang einer „Völkerwanderung“, die nur zum Teil dem unsäglichen Bürgerkrieg in Syrien geschuldet ist. Kriegsflüchtlinge haben „Glück“, könnte man es zynisch überschreiben. Sie werden an den Grenzen zu Europa noch zähne-



knirschend durchgelassen. Menschen die wegen anderer, aber ebenso existenzieller Bedrohungen nach Europa fliehen, bezeichnet man als Wirtschaftsflüchtlinge und weist ihnen den Weg zurück. Dabei hängen deren Nöte zumeist direkt mit den immer schlimmeren klimatischen Bedingungen in ihren Herkunftsländern zusammen, Bedingungen, die Ernten vernichten oder erst gar nichts mehr wachsen lassen, was man ernten könnte - und obendrein fischen unsere schwimmenden Fischfabriken die Meere vor deren Küsten leer. Das alles sind Bedingungen, für die wir, die hochentwickelten Industrienationen in erster Linie verantwortlich sind.

„Leben am Wasser“, in Mainz ein Werbespruch um Luxusimmobilien zu vermarkten, für bengalische Bauern ist das inzwischen ein Alptraum.

Bis 2040, so fürchtete schon 2014 unsere Bundesregierung, werden 200 Millionen Klimaflüchtlinge erwartet, und das auch dann, wenn die Menschheit es schafft, den Temperaturanstieg, wie in Paris gerade beschlossen, auf unter 2 Grad zu begrenzen. Und spätestens hier schließt sich der Kreis - damit sind wir bei dem „Wort des Jahres“, dem Megathema dieser und künftiger Tage, Wochen, Monate, eher Jahre angekommen – auch für ...

Budenheim – es beherbergt derzeit rd. 80 „Flüchtlinge“ unterschiedlichster Herkunft. Und bei dieser Zahl wird es nicht bleiben. Es ist schon jetzt ein unglaublicher Kraftakt, der im hauptamtlichen und im ehrenamtlichen Bereich geleistet wird. Ein Ende dieser „Zusatzaufgabe“ ist nicht abzusehen. Kleiderkammern sind eingerichtet, Begegnungen werden organisiert, ein Garten ist angelegt, Feste werden durchgeführt, Wohnungen werden gesucht, eingerichtet, Jobs vermittelt, Fahrräder übergeben, Behördengänge, Sprachkurse, Gelder sammeln, und, und, und.

Trotzdem: Das Flüchtlingsthema ist in Budenheim kein negatives Thema. Ganz entgegen dem weitverbreiteten Bild in den Medien, geht es hier unaufgeregt zu, keine „Bugida“, keine fremdenfeindlichen Ausfälle waren bisher zu verzeichnen. Dafür gibt es Gründe, die zum einen in der dezentralen Unterbringung zu finden sind, aber nicht nur:

Wir danken an dieser Stelle unserem Bürgermeister für seine Unterstützung des **AK „Miteinander der Kulturen“**, für seine oft unbürokratische und zielführende Hilfe, die er mit hoher Präsenz und auch als Schnittstelle zur ebenfalls stark engagierten Verwaltung einbringt. Wir wünschen allen Akteuren weiterhin viel Energie um die kommenden Aufgaben ebenso „geräuschlos“ und effizient zu meistern, wie sie das bisher getan haben.

Es hat sich als weise erwiesen, dass Budenheim eine eigene und dazu gesunde **„Wohnbau“** vorhält, mit deren Hilfe man flexibel auf die Anforderungen reagieren konnte, doch die freien Kapazitäten sind weitestgehend erschöpft. Weiterer sozialverträglicher, bezahlbarer Wohnraum wird dringend benötigt. Die Verwaltung prüft schon jetzt, wie kurzfristig, auch wintertauglicher Wohnraum, evtl. in Holzbauweise, und vor allem „wo“ geschaffen werden kann. Denn schon ohne Flüchtlinge ist der Wohnungsmarkt angespannt und für wirtschaftlich weniger gut gestellte Mitbürger ist kaum mehr was zu finden. Es gilt hier Spannungen zu vermeiden.



So werden noch gewaltige Anstrengungen auf uns zukommen und man kann nur hoffen, dass wir alle gemeinsam, im Gemeinderat, in der Verwaltung, in den gemeindlichen Einrichtungen, in den Hilfsorganisationen - zusammen mit den Budenheimer*innen - an einem Strang ziehen, um diese zu meistern.

TTIP, CETA, TISA...

Immer mehr kommt zu Tage, sozusagen geleakt, was da auf internationaler Ebene im Geheimen ausgekungelt wird. Die, die irgendwann darüber entscheiden sollen, haben selbst kaum Einblick in die hochkomplexen Verhandlungsunterlagen, die nicht mal in die Landessprachen übersetzt sind.

Die „Schiedsgerichte“ außerhalb der normalen Gerichtsbarkeit (in TTIP in „öffentlicher Investorenschutz“ umbenannt) sind weltweit ein boomendes Geschäftsmodell international agierender Anwaltskanzleien. „Es ist eine neue Form, an öffentliche Gelder zu kommen“, so definieren manche Protagonisten das Phänomen. Zynischer Weise oft für Unternehmungen, die erst gar nicht oder nicht mehr stattfinden. Und da geht es nie um Kleingeld, sondern um das ganz große Geld.

Was hat das mit Budenheim zu tun? Kommt TTIP, so ist z.B. zu befürchten, dass es für öffentliche Förderungen schwierig wird, denn jeder private Anbieter hätte den gleichen Anspruch auf die gleiche Förderung, egal ob Kultur, Sport, Aus- und Weiterbildung. Da könnte dann auch der private Saunabetreiber Zuschüsse einfordern.

Weil niemand so genau weiß, was „drin steht“: hat der Budenheimer Gemeinderat im Sommer eine TTIP-Resolution nach Brüssel geschickt. Darin fordern wir die Gremien in Brüssel auf, sich u.a. uneingeschränkt für die kommunale Selbstverwaltung, den Schutz und Fortbestand der kommunalen Daseinsvorsorge und der kommunalen Kultur- und Bildungspolitik einzusetzen, und die Verhandlungen bei größtmöglicher Transparenz zu führen.

Dass die Budenheimer FDP diesen Appell zur Transparenz nicht unterstützen wollte, muss man nicht verstehen.

Kurz eingehen möchte ich noch auf:

Das „**barrierefreie Budenheim**“, dafür stiftete uns die Presse reißerisch eine „Rote Karte“, welche wir allerdings zurückweisen, denn der Weg zu mehr Barrierefreiheit geht nur über sorgfältige Arbeit und nicht über Platzverweise. Damit erreicht man höchstens das Gegenteil. Wir freuen uns, dass im Auftrag der Gemeinde die Agentur „Arbeit&Leben“ sachkundige Begleitung bei der Erfassung und Erarbeitung der geeigneten Maßnahmen leisten kann.

Die **Inklusion** an unserer Schule fordert den Lehrkörper heraus und muss unseres Erachtens mit Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen unterstützt werden, zumindest wenn Inklusion in Budenheim für alle Beteiligten zum Erfolg werden soll.



Die Verschönerung des Isola-dela-Scala Platzes, welche jahrelang wegen fehlender Mittel immer wieder aufgeschoben wurde, kann nun erste Verwirklichung erfahren. Nachdem wir vor zwei Jahren noch einen solchen Antrag vergeblich einbrachten, kam ein wenig überraschend für uns, jüngst von der CDU ein solcher, der 50000 Euro für erste Maßnahmen vorsah. Die SPD ließ sich nicht lumpen und legte die gleiche Summe „Weihnachtsgeld“ nach.

Die alles entscheidende **Parkplatzfrage** scheint in Form eines schlichten Parkdecks in Zusammenarbeit mit der „Chemischen“ lösbar, und damit kann man nun endlich erste Schritte im engen Rahmen von Natur- und Hochwasserschutz auf dem beliebten Platz am Rhein gehen. Das freut auch uns sehr, und um Missverständnissen vorzubeugen, das Geld dazu kommt nicht von SPD und CDU, sondern aus dem Haushalt der Gemeinde.

Auch positiv, weil sonst zum Sterben verurteilt, sehen die **Budenheimer Kerb** und das einst so beliebte **Straßenfest** einer dringenden konzeptionellen Erneuerung entgegen, die auch nicht zum ersten Mal angeregt wurde. Die 2. Anbindungsbrücke, der Budenheimer Bahnhof, die lang ersehnte Fußgängerampel an der Bushaltestelle Eaubonnerstr.: Bei den meisten Projekten geht es voran, zumindest wenn es in Budenheimer Hand liegt.

Und, fast vergessen: Die **Zwangsfusion mit der VG Heidesheim ist ausgesessen**. Ob es am Ende, wenn irgendwann die zweite Stufe der Kommunalreform kommt, für Budenheim der bessere Weg ist, darüber darf spekuliert werden. Nur so ein Gedanke: Man stelle sich vor, Julia Klöckner erklärt den Budenheimern die Zwangseingemeindung nach Mainz - aber vielleicht ist sie ja da schon in Berlin.

Dem Budenheimer Haushalt 2016 stimmen wir hiermit zu, ob er nahezu oder ganz ausgeglichen sein wird, oder gar Überschüsse bringt, das weiß man erst hinterher. Wir stimmen der Vorlage zu, sind wir doch nahezu „wunschlos“ glücklich über das, was wir oder die anderen Fraktionen in unserem Sinne beantragt haben und sich im Haushalt wiederfindet. Apropos Anträge in unserem Sinne:

Nicht nur dass die CDU jüngst **Tempo 30** für die Binger Straße beantragte. In einer sehr langen Haushaltssitzung ging es um einen Prüf-Antrag der CDU, ob in Budenheim evtl. eine Ladestation für E-Autos, bzw. E-Fahrräder installiert werden möge. Dieser Antrag wurde vorläufig für weitere Beratungen zurückgezogen. Vielleicht ahnte man schon, was wir dazu sagen würden: Wir können uns das durchaus vorstellen, wenn hier eine solche Station eingerichtet wird, und dann eine Solaranlage auf dem Rathausdach das Auto des Bürgermeisters auflädt. Das wäre mal ein schönes Signal.

So schließe ich für die Bündnis-90-Grünen-Budenheim diese Haushaltrede. Der Dank gilt allen Mitarbeiter*innen in Gemeindeverwaltung, den Einrichtungen und Betrieben der Gemeinde für das Geleistete im ablaufenden Jahr. Wir wünschen den Verantwortlichen weiterhin eine kluge Hand und allen Budenheimer*innen ein frohes Weihnachtsfest, einen schwungvollen Jahreswechsel und ein gesundes 2016.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.
Klaus Neuhaus – Fraktionssprecher
Budenheim, 16.12.2015